

# HERDER-KORRESPONDENZ

Achtes Heft - April 1947

Der Mensch hat leider vor allem Angst vor Gott, er fürchtet bei seiner Berührung zu verbrennen, so wie die alten Israeliten, wenn sie die Bundeslade berührt hatten. Daher die vielen Spitzfindigkeiten, um Ihn zu leugnen, oder die vielen Listen, um Ihn zu vergessen, oder die vielen frommen Erfindungen, um den Zusammenprall zu dämpfen . . . .

Der Ungläubige, der Gleichgültige und der Fromme überbieten sich gegenseitig an Erfindungsgabe, um sich vor Gott zu bewahren.

Henri de Lubac, De la connaissance de Dieu

## Deutsche Meldungen

In drei Treuekundgebungen im größten Karlsruher Versammlungsraum, dem Städt. Konzerthaus, begingen die Katholiken Karlsruhes den 9. Jahrestag der Krönung Pius' XII. Dabei hielt der Apostolische Visitator für Deutschland, Bischof Dr. Aloysius Muench, der eben von seiner Romreise zurückgekehrt war, zwei Ansprachen. Nachdem er eingangs betont hatte, daß ihm der Heilige Vater die väterlichen Grüße und Segenswünsche an die deutschen Bischöfe und die Gläubigen „mit so warmer Güte übermittelte, daß man seine rührende Sorge um das Wohlergehen des zu Boden liegenden deutschen Volkes geradezu durchspüren konnte“, wies er darauf hin, wie die Einheit unserer katholischen Glaubensgemeinschaft gerade in der Zerrissenheit unserer Tage etwas Trostvolles und Stärkendes habe.

„Die Welt liegt im Argen“, so führte Bischof Muench wörtlich aus. „Führende Staatsmänner suchen den Völkern der Welt eine neue Einheit zu geben. Unter dem Oberhaupte der Kirche haben wir in der Gemeinschaft unseres Erlösers einen Bund von vereinigten Nationen. Wir mögen noch so verschiedener Nationalität, Rasse und Staatsangehörigkeit sein, wir sind doch durch das kostbare Blut des Lammes zu einer Glaubensgemeinschaft verbunden. Wir sind eingegliedert in den geheimnisvollen Leib Christi“.

„Die Charta der Vereinigten Nationen in der katholischen Kirche ist nicht von Menschenhirm erdacht, von Menschenhand geschrieben. Sie hat göttlichen Charakter, weil sie einen göttlichen Urheber hat. Darum werden auch die Pforten der Hölle die Kirche Christi nicht überwältigen. Sie mögen drohen, anfeinden und bestürmen, aber überwältigen werden sie sie nicht. Seit zwei Jahrtausenden versuchen die Feinde Christi, die Glaubensgemeinschaft in der Kirche Christi zu vernichten. Es

ist ihnen nicht gelungen. Je mehr die Verworrenheit und Zerrissenheit unserer Zeit sich steigert, je mehr die Völker sich nach Einheit sehnen und um die Verwirklichung der Einheit ringen, desto mehr müssen wir, die wir die gottgeschaffene Einheit des Glaubens als kostbares Erbgut in Händen tragen, überall denselben Geistesglauben bekunden. Wir dürfen uns nicht von den Kirchenfeinden zersprengen lassen, wir dürfen uns nicht auseinandertreiben lassen wie Schafe, die keinen Hirten haben. Geschlossen müssen wir feststehen in unserem Glauben“.

Nachdem der Apostolische Visitator aufgefordert hatte, sich nicht von den Irrlehren der Zeit betören zu lassen, sondern vielmehr die Kostbarkeiten unseres Glaubensgutes besser schätzen zu lernen, sprach er über die Voraussetzung der wahren Demokratie. „Der Irrtum legt den Menschen Sklavenketten auf. Wo wir die Luft der Freiheit Gottes atmen, dort sind wir auch im Reiche der wahren Demokratie. Wenn man nicht festhält an dem Satz unseres Glaubens, daß Gott ‚den Menschen nur ein Weniges unter die Engel gestellt hat‘ und daß deswegen der Mensch eine hohe Würde in sich trägt, kann man auch keine Demokratie von Bestand schaffen. Denn die Rechte und Freiheiten einer demokratischen Verfassung sind, wie der Hl. Vater in einer seiner Weihnachtsansprachen ausgeführt hat, nur dann gesichert, wenn der Mensch als das erkannt wird, was er ist: ein Kind Gottes, ein Mitbruder in Christus, ein Glied am geheimnisvollen Leibe unseres Herrn“.

Auch in seiner Nachmittags-Ansprache betonte Bischof Muench die christliche Auffassung von der Würde des Menschen. „Eine falsche Denkweise hatte den Menschen auf die Stufe des Tieres herabgewürdigt und ist so die Giftquelle geworden für Greuelthaten, die vor und während des Krieges geschehen sind und heute noch geschehen. Diesen Irrlehren unserer Zeit gilt es die Lehre der

Kirche entgegenzusetzen, daß der Mensch geschaffen wurde nach dem Ebenbild Gottes, nur ein wenig unter die Engel gestellt, daß er endlich, im Blute Christi erlöst, zum Bruder des menschengewordenen Gottessohnes geworden ist und damit zum Bruder all seiner Mitmenschen, daß er in der hl. Taufe eingegliedert wurde in den geheimnisvollen Leib Christi und mit allen anderen gleiche Rechte genießt. Das sind die hohen Wahrheiten unserer Offenbarung und sie sollten von ausschlaggebender Bedeutung sein, wenn es darum geht, die Rechte und Freiheiten eines jeden Menschen zu bestimmen. Deswegen hat Präsident Truman noch vor wenigen Tagen in seiner Rede in Mexiko mit Recht betont, daß die Demokratie eine geistige Grundlage haben muß".

Der Apostolische Visitator schloß seine — am Vortage des Moskauer Konferenzbeginns besonders zeitnahen — Ansprachen mit der Aufforderung an die Tausende, ihrer Verantwortung als Christen bewußt zu werden und unter den Schlägen der Zeit nicht zu wanken, sondern „mit Charakterfestigkeit, dienst- und opferbereit, Hand ans Werk zu legen zum Wiederaufbau einer neuen und besseren Welt“.

Auf einer vom Kuratorium der Katholikenausschüsse in Hannover veranstalteten Versammlung sprach am 14. Februar 1947 Herr Professor Dr. Algermissen über die so brennenden Fragen der Sterilisation, des § 218 und der Euthanasie. An der Versammlung nahmen teil: katholische Männer und Frauen aller Stände und Berufe, insbesondere auch Fürsorgerinnen, Pfarrhelferinnen, Ärzte, Juristen.

Die grundlegenden Ausführungen des Referenten, ergänzt durch den Bericht eines Facharztes und eines Juristen, ließen vor den Augen aller den unschätzbaren Wert der Lehre der katholischen Kirche über die umstrittenen Fragen neu erstehen. Keineswegs verkennt die Kirche in ihren Felsengrundsätzen die heutige katastrophale Not, noch auch die seelische Not der Vergewaltigten und Geprüften. Vielmehr muß sie gerade in dieser Zeit als Hüterin ewigen göttlichen Rechts der Menschheit zurufen: „Ändert nicht die Moral, sondern ändert die Verhältnisse!“ Wohin auch nur geringfügige Lockerungen göttlicher Ordnung führen, das haben wir in unseren Tagen erlebt: Vom Gnadentod unheilbar Kranker über die Vernichtung unwerten Lebens bis zur Ausrottung ganzer Völker und Rassen, wie es den gewissenlosen Machthabern beliebt!

Gestützt auf ihre göttlichen Grundsätze erhebt daher die Kirche auch in der heutigen Notzeit ihre warnende Stimme. Sie weiß, daß, je wirrer die Zeiten und Begriffe sind, umso klarer Gottes Satzungen herausgestellt werden müssen. Sie weiß aber auch, daß Gott jedem, der sein schweres Kreuz willig auf sich nimmt, Gnade und Kraft in Fülle zuteil werden läßt.

Von solcher Überzeugung beglückt, faßten alle Versammelten einstimmig folgenden Entschluß:

„Als katholische Christen fordern wir den unbedingten strafrechtlichen Schutz des keimenden Lebens und müssen deshalb Verwahrung einlegen gegen jede Erweichung des § 218 und erst recht gegen die Aufhebung. Unser Einspruch gründet in der christlichen Weltanschauung, die Gott allein als absoluten Herrn des Lebens anerkennt und die höchste Aufgabe des Staates darin sieht, die Gesetze Gottes, wie sie in der vernünftigen

Menschennatur grundgelegt und in den zehn Geboten klar formuliert sind, durchzuführen, zu schützen und zu sichern.

Unser Einspruch gründet fernerhin in der Liebe zu unserem in seiner Kraft bereits stark geschwächten Volk, für das eine Milderung oder Abschaffung des erwähnten Paragraphen eine starke biologische Schwächung und letztlich Gefährdung im Gefolge haben müßte.

Von unserer Regierung erwarten wir, daß alles getan wird, was zur Linderung der Wohnungsnot, zur Unterstützung kinderreicher Familien und der Behebung sonstiger wirtschaftlicher Notstände, aus denen heute eine Rechtfertigung für die genannten Bestrebungen genommen wird, geschehen kann“.

Unter dem Leitgedanken, „*Das Bauerntum in der sozialen Neuordnung*“, fand in der Woche vom 25. bis 28. Februar d. J. im Johannes-Josef-Heim Broich bei Anrath eine überaus stark besuchte Bauerntagung statt, welche vom *Sozialamt der Diözese Aachen* angeregt und durchgeführt wurde. Sie zeigte vor allem, daß auch das Bauerntum wesentlichen Anteil an dem Aufbau einer gerechten sozialen Gesellschaftsordnung nehmen will.

Eingeleitet wurde die Tagung durch ein grundlegendes Referat von Dr. Egidius Schneider, Köln, über „Religion und Natur als Formkräfte bäuerlichen Lebensstils“. Gerade dem bäuerlichen Menschen liegt es ob, die gestörte Verbindung von Welt und Gott wieder in Einklang zu bringen. Aus der Natur und der Religion erwachsen die sittlich-ethischen Kräfte, die das Bauerntum ausformen. Der Acker als heilige Scholle und Vätererbe, die Gemeinschaft der Familie, der Sippe und des Dorfes als blutvolle Lebenssubstanz, der lebendige Gott als alles durchpulsende Macht bestimmen und gestalten den bäuerlichen Lebenstypus und -stil. In diesem Sinne ist gerade das Bauerntum eine machtvolle Substanz im Volkskörper und besonders zur Neuordnung berufen.

In einem Vortrag über „Sitte und Brauchtum als gestaltende Lebensmächte des Volkes“ behandelte David Gathen, M.-Gladbach, zunächst die negative Seite aus der Entwicklung des letzten Jahrhunderts und der gegenwärtigen Zeitlage heraus. Im Landbezirk einer Großstadt sind allein 2000 Ehescheidungen in einem Jahr zu verzeichnen. Dieser Zustand zeigt schlaglichtartig die gegenwärtige Situation im Verfall von Sitte und Brauchtum als tragende Pfeiler einer gesunden Volksordnung. Aber in dieser Notzeit liegen auch die neuen Wurzeln, aus denen die Gesetze der Ehre und Verbundenheit neu entstehen.

Am nachfolgenden zweiten Tage sprach der gleiche Redner über „Die Dorfgemeinschaft als Lebensgemeinschaft“. Gerade im zerstörten Dorf zeigt es sich, wie weit noch echte Dorfgemeinschaft empfunden wird. Diese ist oft stärkster Belastungsprobe ausgesetzt. So ist z. B. die Hofbegehung gegen das Gesetz der Ehre des Bauern. Der beste Weg wäre, wenn das Dorf die Ehrlosen selbst brandmarken würde. Eine tiefere Erfassung der Idee der Gemeinschaft, die Bildung von Notgemeinschaften usw., pflegen das Gemeinschaftsgefühl des Dorfes. Das Gesicht des Dorfes kann und muß durch den christlichen Menschen geändert werden.

Die Aussprache, die diesen Vorträgen folgte, war sehr lebhaft. Es wurde vor allem herausgestellt, daß es nötig sei, den Geist zu schaffen und zu bauen, aus dem sich

Sitte und Brauchtum formt. Vor allem kommt es darauf an, lebendige Menschen zu sammeln, die aus dem Gesetz der Zucht und Ehre handeln. So wächst Familiensitte (Familienfest, Hauspriestertum), nachbarliche Sitte usw. Im Opfergang der Gemeinde im Gotteshaus (Christus als der Erlöser der Armen) wächst neue Sitte und Brauch und formt echte Dorfgemeinschaft.

Die „Probleme der dörflichen Lebensordnung“, insbesondere in Bezug auf die gegenwärtige Flüchtlingsnot, fanden eingehende Behandlung in einem Referat am Nachmittag dieses Tages durch Dr. Peter Paul Nahm, Lorch im Rheingau, der Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen ist. 50 % des deutschen Volkes hat alles verloren, ist proletarisiert und irrt umher. Diese Menschen müssen wieder beheimatet werden. Behördliche Maßnahmen allein genügen nicht. Die innere Bereitschaft zur Hilfe muß geweckt werden. Nach dem Wort eines bekannten Kardinals gehören die Erdengüter allen Menschen. Der Bauer muß sich darüber klar werden, daß er einen Teil seines Besitzes opfern muß, um neue Ganz- und Teilexistenzen zu schaffen. Die Bodenbewirtschaftung und -ausnutzung muß auf das intensivste betrieben werden, um den ernährungsmäßigen Anforderungen gerecht zu werden, die sich aus dieser Frage ergeben.

Anschließend sprach Caritassekretär Kpl. Dupont zu dem Thema: „Probleme der Dorfc Caritas“. Ausgangspunkt war das Johanneswort: „Gottes Wesen ist Caritas, die Liebe“. Es ist die Kraft Gottes, die im Menschen wirksam sein muß, besonders in dieser außergewöhnlichen Notzeit. Hier liegt die Entscheidung des Menschen zu Gott. Wie zeigt sich Caritas und an welchem Platz? Überall da, wo der einzelne als christlicher Mensch hingestellt ist, im persönlichen und öffentlichen Leben. Wir können die Not nicht lindern, geschweige beheben, aber sie doch erträglich machen, wenn wir uns ganz dafür einsetzen. Das Christentum steht hier in der Entscheidung.

Der dritte Tag stand unter dem Gedanken: „Bauer und Bodenreform, Genossenschaftsgeist oder Kollektiv?“ — Zunächst sprach in den Morgenstunden hierüber Dr. Zitzen aus Bonn. In sachkundiger, abgeklärter Art wurde hier an dieses schwierige Thema herangegangen. Die Notwendigkeit einer Reform des Bodenrechts ergibt sich aus der Tatsache der Ostflüchtlinge, der Stadtflüchtigen (zerbombte Großstädte), der nachgeborenen Bauernsöhne usw. . . . Die Frage ist: Was ist an Boden verfügbar und wie geschieht die Aufteilung? Es muß von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß das gesunde Bauerntum erhalten bleibt. Der bäuerliche Klein- und Musterbetrieb soll weitgehend geschont werden. Zur Landabgabe kommt in Frage: Der Großbesitz, Eigentümer, welche nicht Landwirte sind, die öffentliche Hand (Wehrmachtsgelände) und das Bodeneigentum der Kommunen. Die heutige Besitzverteilung bedarf einer Korrektur, welche aber mit Vernunft und Verstand angefaßt werden muß. Die hieran ansetzende lebhaft Aussprache war im Grunde positiv. Eine Reihe von Vorschlägen wurden aus der Versammlung heraus gemacht. Odlandgewinnung vom Hofe aus, Siedlung vom Hofe aus für Familienmitglieder und Helfer, Aussiedlung der Stadtrandbauern im Umlegungsverfahren an andere Stellen.

Einen Höhepunkt der Tagung bildete das Erscheinen und die Ansprache des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft Lübke, Düsseldorf. Wir leben, so führte er aus, in einer Zeit der sozialen Erschütterung, doch müssen die Probleme dieser Zeit gelöst werden. Wenn diese

nicht schon aus dem Geist der Liebe gelöst werden müßten, dann jedenfalls aus dem Gesetz der Klugheit. Vielen Entwurzelten muß eine Existenzbasis geschaffen werden, wenn sie nicht in einem zerstörerischen Radikalismus versinken sollen. Wer Wille und Eignung hat, dem muß auch ein Anrecht auf ein Stück Boden gegeben werden. Zu einer vernunftgemäßen Heimstättensiedlung ist genügend Land vorhanden. Vor allem wird der mehrfache Besitz angegriffen. Aus Pächtern müssen Eigenbauern gemacht werden. Die entscheidenden Fehler des letzten Jahrhunderts müssen im christlichen Geiste korrigiert werden; es muß eine Existenzbasis für alle geschaffen werden. Dies kann nicht allein vom grünen Tisch aus geschehen. Zu einer sinnvollen Lösung bedarf es der Mitarbeit aller Selbstverwaltungsträger und Organisationen.

In der Aussprache hob Dr. Nikolaus Ehlen, Velbert, hervor, daß das Volk ganz allgemein Träger des Siedlungsgedankens sein müßte. Viele junge Familien wissen nicht, wie sie ihr Nest bauen sollen. Er forderte größte Aufgeschlossenheit diesen Dingen gegenüber.

Den vierten und letzten Tag leitete Herr Landwirtschaftsrat Reul, Erkelenz, mit einem Vortrag über „Das Bauerntum in der künftigen Volksordnung“ ein. Die Situation in der Landwirtschaft ist heute so, daß die materiellen Zerstörungen relativ gering sind, der geistige Verfall jedoch sehr groß ist. Dieser äußert sich in starkem Maße in der Abkehr von Gott und den Sittengesetzen. Dem muß unbedingt Einhalt geboten werden, wenn das Bauerntum mit seiner wertvollen Substanz für das Volksleben nicht untergehen soll. Das ist vornehmste Aufgabe des Bauerntums selbst. So werden auch die anderen Probleme, welche in die Zukunft weisen, leicht gelöst. Vor allem ist eine Einstellung auf bäuerliches Denken und Handeln mehr als bisher erforderlich. Man muß dem Bauerntum eine freie Entfaltung lassen. Überlieferte preußische Formen in der Praxis der öffentlichen Tätigkeit müssen verschwinden. Die behördliche Verwaltung hat keine herrschende, sondern eine dienende Tätigkeit. Wir fordern die berufliche Selbstverwaltung (Landwirtschaftskammern), weil sie am besten der Aufgabe gerecht wird, welche das Bauerntum im Interesse des Volksganzen zu vollbringen hat. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Welt. Eine neue Gesellschaftsordnung muß und wird entstehen. Darin steht der Bauer im Blickfeld. Die Parole ist — das zeigte auch deutlich die Aussprache —: Ethisch, christlich und sozial.

Im Schlußvortrag von Dr. K. Müller, Godesberg, über „Bäuerliche Wirtschaftsprobleme im sozialen Industriestaat“ wurde gleich vorweg erwähnt, daß die Landwirtschaft in einem kommenden Staat eine entscheidende Rolle spielt. Die Probleme der Landwirtschaft müssen mit äußerster Vorsicht behandelt werden. Als Vorbild gelten die Gewerkschaften, welche mit Ruhe und Klarheit an die Lösung ihrer Probleme herangehen. Das gilt vor allem in Bezug auf das Preis- und Lohnniveau. Eine ungeschickte Behandlung führt leicht zu inflationistischen Tendenzen. Eine Entlastung kann vorerst nur in der Reduzierung der Preisspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher erfolgen. Der Ausbau des Gemeinschaftswesens ist stärkstens zu fördern und eine Zusammenarbeit mit den Konsumgenossenschaften anzustreben. Großes Gewicht ist auch auf die gute Berufsausbildung zu legen. Sachlich und klar muß an alle Probleme herangegangen werden. Kein Herumexperimentieren. Alle Kraft gilt der

Erzeugung, der Produktion. Nicht auf behördliche Anordnung warten, sondern selber anpacken. So wird das Bauerntum wertvollster Mitgestalter einer neuen Zukunft werden.

Die Tagung leitete H. H. Dechant Haak, Langbroich-Gangelt.

Das *Katholiken-Komitee der Erzdiözese Köln* faßte zur Schulfrage folgende Entschliebung: „Wie die christlichen Kirchen, wie Universitäten und Technische Hochschulen, wie die Mehrzahl der führenden Schulmänner fordern auch wir namentlich das neunjährige Gymnasium mit Latein als erster Fremdsprache. Diese Forderung ist ein Kernstück im christlichen Humanismus. Von ihm aus muß die höhere Schule aufgebaut werden. Sie wird sich einfügen in ein organisch wachsendes Bildungswerk, das in demselben Geiste Volksschule und höhere Schule, Fachschule und Berufsschule, Hochschule und Volkshochschule umfassen soll. Noch spricht man überall dieselbe abendländische Sprache — geht ihre Kenntnis der breiten Schicht der Gebildeten verloren, so fehlt eine Voraussetzung der gemeinsamen Kultur. Noch mündet herein in das große Zeitalter der Technik der befruchtende Strom, der aus den Quellen der Antike und des Christentums fließt, — versandet er, so wird das Zeitalter der Technik zu einem Zeitalter der Materie und des Materialismus. Darum geht es, um nichts Geringeres. Es geht nicht um Fragen der Zweckmäßigkeit von Schulsystemen, die so oder so beantwortet werden können. Es geht um eine wirkliche Entscheidung. Wer dies sieht, ist im Gewissen verpflichtet, seine Stimme zu erheben.

Der *Erzbischof von Köln, Joseph Kardinal Frings*, ruft in seinem Fastenhirtenbrief angesichts der großen Not des Volkes seinen Diözesanen besonders die Pflicht der Liebe ins Gedächtnis. Er betont, daß diese Pflicht der Liebe eine persönliche sei und den Gläubigen weder durch die Caritasorganisationen der Kirche noch durch irgendwelche andere Gemeinschaften abgenommen werden könne. „Es ist“, so sagt er, „ein Zug unserer Zeit, alle Pflichten, die wir anderen Hilfsbedürftigen gegenüber haben, auf irgendwelche Gemeinschaften, seien es Versicherungsgesellschaften, Behörden und Organisationen abzuwälzen, wo dann nur zu sehr die Gefahr droht, daß durch bezahlte Kräfte mit einem gewissen Bürokratismus die Pflicht abgegolten wird, daß aber die menschliche Wärme dabei zu kurz kommt. Darum kann in unseren Tagen die Pflicht der persönlichen Hilfsbereitschaft nicht genug betont werden“. Er schlägt als praktische Maßnahme vor, daß Familien, deren Haus und Gut noch erhalten ist, eine Art Patenschaft über andere Familien übernehmen, die alles verloren haben und weist dann auf die besondere Bedeutung der Vinzenzkonferenzen und Elisabethvereine hin, deren Wirken vor allem auf dem Lande, wohin sich der Strom der Zuziehenden ergossen, besonders notwendig und zeitgemäß seien. Der Hirtenbrief gibt dann einen großen Aufriß des sozialen Programms, das in den grundlegenden Weisungen der Kirche und in dem Vorbild solcher Persönlichkeiten wie des Bischofs Ketteler und des Gesellenvaters Kolping enthalten ist. Aus diesem sozialen Programm der Kirche

leitet er dann die folgenden konkreten Einzelvorschläge und Einzelforderungen für die heutige Zeit ab.

„1. Das erste müßte sein die Einführung einer *berufsständischen Ordnung*, d. h. alle Menschen, die sich mit der Beschaffung eines bestimmten Kulturgutes befassen, z. B. alle, die in der Kohlenförderung, in der Beschaffung und Bearbeitung von Eisen oder von Holz tätig sind, werden zu einer Leistungsgemeinschaft zusammengefaßt, die öffentlichen Charakter hat und ihre Angelegenheiten selbständig regelt. Jeder, der Arbeiter so gut wie der Unternehmer, findet hier seinen gesellschaftlichen Standort; er wirkt selbst oder durch seine Vertreter mit an der Lenkung der Wirtschaft und findet eine Sicherung gegen die Wechselfälle der Konjunkturen.

2. Die Personwürde des Menschen fordert, daß der einzelne frei ist in der Wahl seines Berufes und seines Arbeitsplatzes. Auch der Staat darf den einzelnen für öffentliche Arbeiten nicht über das unumgänglich notwendige Maß heranziehen.

3. Der *Arbeitsvertrag* muß seinen Charakter eines reinen Leistungsvertrages verlieren; er muß persönlicher werden und eine gegenseitige Treueverpflichtung des Arbeiters und des Unternehmers in sich aufnehmen.

4. Das *Einkommen* der Wirtschaftsbetriebe muß in breitem Maße gestreut werden, so daß alle, die im Betrieb mitwirken, daran einen ihrer Beteiligung entsprechenden Anteil gewinnen.

5. Papst Pius XI. spricht schon davon, daß u. U. eine Überführung von Privateigentum in *Gemeineigentum* gegen angemessene Entschädigung angebracht sein könne, dann nämlich, wenn durch den privaten Besitz eine allzu große wirtschaftliche Macht in einer privaten Hand vereinigt würde. In der Tat sind viele Betriebe, wie Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, Post und Eisenbahn, diesen Weg gegangen. Sie waren ursprünglich meist Privateigentum, aber wegen ihrer überragenden Bedeutung für das Gemeinwohl gingen sie mit der Zeit in das Eigentum der Gemeinden oder des Staates über. Von der christlichen Lehre aus steht also nichts im Wege, daß diese Entwicklung sich weiter fortsetze. Es ist aber zu beachten, daß die Verstaatlichung von Betrieben der Streuung des Eigentums, die wir als eine Vorbedingung für die Entproletarisierung des Proletariats kennenlernten, eher abträglich als förderlich ist. Wenn eine Überführung in Gemeineigentum geschieht, dürfte es ratsam sein, nicht einfach den Staat zum Eigentümer zu machen, sondern die Gemeinden, die berufsständischen Körperschaften, Angestellte und Arbeiter am Eigentum zu beteiligen. Um die Zusammenballung allzu großer wirtschaftlicher Macht zu verhindern, wird alles geschehen müssen, um die kleineren und mittleren Betriebe zu erhalten und zu fördern.

6. Es muß dem Arbeiter ermöglicht werden, durch Fleiß und Sparsamkeit für sich und seine Familie ein wenigstens bescheidenes Vermögen zu erwerben. Der Lohn des Vaters muß so sein, daß er seine Familie ernähren kann und daß die Mutter nicht genötigt ist zu außerhäuslicher Tätigkeit. Die Autorität des Vaters den Kindern gegenüber muß auch dadurch unterbaut sein, daß er in Wirklichkeit der Ernährer der Familie ist.

7. Alle Anstrengungen müssen gemacht werden, um den Arbeiter mit der Scholle verwachsen zu lassen. Jeder Familie ein Stückchen Erdboden muß als Ziel unverrückbar festgehalten werden. Das *Eigenheim* mit Garten und Möglichkeit der Kleintierzucht sollte von jeder Familie

angestrebt und möglichst vielen möglich gemacht werden. Auch die Kirche ist bereit, zu diesem Ziel mitzuarbeiten. Von ihrem einst bedeutenden Landbesitz ist allerdings seit der Säkularisation vor eineinhalb Jahrhunderten nur ein kümmerlicher Rest übriggeblieben. Er beträgt noch nicht ein halb Prozent des nutzbaren Bodens. Seine Einkünfte reichen bei weitem nicht, um die Bedürfnisse der Seelsorge zu decken. Ein großer Teil des kirchlichen Grundbesitzes, insbesondere die Landstiftungen für heilige Messen, ist nach dem Willen der Stifter unveräußerlich. Den sozialen Rücksichten ist auch heute schon in weitgehender Weise entsprochen, insofern das Kirchenland meist in kleinen und kleinsten Parzellen zu mäßigem Zins an Kleinbauern oder an Arbeiter verpachtet ist und diesen die Möglichkeit gibt, eine rentable Ackerwirtschaft zu führen oder einen Garten zu bebauen. Dennoch fordert der Bischof die Pfarrer auf, unter Beobachtung dieser Tatbestände alles zu tun, um Land zum Bau von Eigenheimen und zur Anlage von Kleingärten bereitzustellen.

Das sind einige Grundsätze, Wünsche, Forderungen und Empfehlungen, die die Kirche auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Eigentumsordnung aufstellt. Alle mögen daraus ersehen, daß die Kirche die gegebenen Verhältnisse nicht einfach hinnimmt, sondern eine sehr durchgreifende Reform für dringend notwendig hält. Sie ist sich bewußt, daß die Durchführung solcher Pläne ungeheure Schwierigkeiten bereiten wird, zumal in diesen Tagen der Ohnmacht unseres Volkes. Aber das darf niemanden abhalten, alle seine Kräfte zur Erreichung des Zieles einzusetzen!"

In der zweiten Januarwoche hat sich in Frankfurt a. M. der frühere „Bund der religiösen Sozialisten“ in Hessen als „Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus“ konstituiert. Die Namengebung erfolgte, wie berichtet wird, entsprechend der veränderten Situation und den weiteren Aufgaben, die sich aus der Berührung der Kräfte des Christentums einerseits und der sozialistischen Arbeiterbewegung andererseits ergeben. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft halten sich für verpflichtet, den Christen die Notwendigkeit des Ringens um die soziale Gesellschaftsordnung aus christlichem Glauben verständlich zu machen und bei ihrer Verwirklichung mitzuwirken, aber auch innerhalb der sozialistischen Bewegung die Kräfte des Christentums für diese wirksam zu machen. Nach den in Frankfurt beschlossenen Satzungen hat jedes Mitglied die Freiheit, einer christlichen Gemeinschaft oder sozialistischen Partei anzugehören oder nicht anzugehören. Das Mindestalter ist 18 Jahre. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft wurde Oberbürgermeister Dr. Ludwig Metzger (Darmstadt) gewählt. In einer aufschlußreichen Aussprache, an der sich u. a. Sprecher der katholischen und der evangelischen Kirche beteiligten, wurde auch auf die von den internationalen religiösen Sozialisten in der Schweiz angenommene Kolfinger Erklärung eingegangen, deren Inhalt im wesentlichen Billigung fand. Doch wurde mit Nachdruck der Wunsch ausgesprochen, es möchten einige Sätze geändert werden, die das Mißverständnis zulassen, als ob die Botschaft vom Reich Gottes schon im Diesseits voll zu verwirklichen sei. Dagegen herrschte Einigkeit darüber, daß der Wille Gottes, der sich in der Botschaft Christi kundtue, die Gläubigen auch im Bereich dieser Welt

verpflichte, gegenüber einer ungerechten Gesellschaftsordnung für die Forderungen der Arbeiterbewegung in vollem Ernst einzutreten. Die Arbeitsgemeinschaft plant, zunächst für ihren engeren Kreis ein Werkblatt herauszugeben. Mit den gleich und ähnlich gerichteten Organisationen im deutschen Bereich und im Ausland steht sie in ständiger Fühlungnahme.

Die „Kirchliche Hilfsstelle“ in Frankfurt a. M. teilt mit, daß das Realgymnasium für ausgewiesene Schüler aus dem Ost- und Südosten in Königstein am Taunus ab Ostern 1947 die Klassen der Oberstufe, Untersekunda, Obersekunda und Unterprima eröffnen wird. In die Anstalt und in das damit verbundene Konvikt können nach den geltenden Bestimmungen in der Regel nur solche Heimatvertriebene aufgenommen werden, die die Absicht haben, Priester zu werden. Sofortige Anmeldungen (mit Zeugnissen und Lebenslauf) sind zu richten an das Schülerkonvikt für Heimatvertriebene, Königstein/Taunus, Duigweg 3. Mit dem Sommersemester 1947 wird in Königstein auch das theologische Studium für Studenten aus den Diözesen des Ostens und Südostens mit dem ersten Semester aufgenommen. Meldungen gehen an das Priesterseminar für Heimatvertriebene, Königstein.

Der Flüchtlingspfarrer Arnold in Rudolstadt in Thüringen hat anlässlich des Besuchs eines Ordensgeistlichen für diesen einen Bericht über die Verhältnisse seiner Gemeinde gemacht, der für so viele ähnliche Gemeinden mitgilt, daß wir ihn als Beitrag zum Einblick in die religiöse Seite der Flüchtlingsnot hier folgen lassen:

„Die Pfarrgemeinde Rudolstadt umfaßt den ganzen Landkreis mit 105 politischen Gemeinden und hat einen Durchmesser von 70 km. In allen Dörfern und Städtchen sind Katholiken aus dem Sudetengau und aus Schlesien angesiedelt. Die Gesamtzahl ist auf 15 000 zu schätzen. Dafür stehen vier Geistliche zur Verfügung. Als Basis für die Seelsorge dient ein einziges katholisches Kirchlein mit 75 Sitzplätzen, ein kleines Pfarrhaus mit 5-Zimmerwohnung, ein kleines Schwesternhaus mit 5 Schwestern. Zwei der Geistlichen wohnen außerhalb im Kreisgebiet in sehr ärmlichen Verhältnissen. Der eine bekam den Betraum einer Sekte, der andere eine protestantische Friedhofskirche zur Verfügung gestellt. Beide können in den Räumen sich frei entfalten. Von der Diaspora-Mutterkirche mußten ihnen die kirchlichen Geräte und Paramente zur Verfügung gestellt werden, sodaß sie nur das Allernötigste besitzen. Das hl. Öl z. B. wird in Arzneydöschen aufbewahrt, dieselben Gewänder, die in diesen Seelsorgestationen gebraucht werden, müssen, in den Rucksack verpackt, auch auf die Dörfer mitgetragen werden...

Gottesdienst wird in bestimmten Ortschaften alle 14 Tage bis 4 Wochen, meist an einem Werktag Nachmittag in evangelischen Kirchen gehalten, wohin die Katholiken aus den umliegenden Dörfern eine halbe oder eine ganze Stunde weit laufen müssen. Bei Kälte und mangelndem Schuhwerk kann man es selten erwarten. Viele können nicht kommen, weil sie zur Arbeit müssen. Weil nur wenige Stationen manchmal sonntags hl. Messe haben können, bemühten wir uns, Laienhelfer zu gewinnen und zu schulen, die an Sonntagen einen Gebetsgottesdienst (eine Messe ohne Priester) mit Andacht halten. Einige haben es vorbildlich fertiggebracht. Manchmal ist diese

Laienmessefeier nicht einmal möglich, weil niemand unter den Katholiken eines Dorfes einen Schott hat. Es fehlt überhaupt an den nötigen Schriften wie: Kirchengebet, Kirchenlied, Einheitslieder, Gebetbücher, Erbauungsschriften, Sonntagsblätter, Kleinschriften, Rosenkränze und religiöser Wandschmuck.

Der Religionsunterricht für die Kinder wird nur in wenigen Stationen von Priestern, in einigen von Laienhelfern, sehr unzulänglich, in vielen überhaupt nicht erteilt. Die Kinder sind oft 13, 14 Jahre alt und haben die erste hl. Kommunion noch nicht empfangen. Die meisten sind noch nicht gefirmt. Es müßten Priester bevollmächtigt werden, die hl. Firmung, das Sakrament der Streiter Christi, zu spenden. Gerade heute müssen die Christen aus der Kraft des Heiligen Geistes leben oder im Glauben absterben und doch haben sie den Heiligen Geist noch nicht empfangen.

Eine intensive Pastoration, wie sie die Gläubigen in ihrer Vereinsamung unter den Ungläubigen und in ihren seelischen Nöten brauchten, ist wegen der weiten Entfernungen nicht möglich. Die Verkehrsmittel sind sehr schlecht. Züge verkehren nur in einem kleinen Gebiet werktags. Sie haben oft große Verspätungen, sodaß sie unzuverlässig sind, weil die Gottesdienstzeiten genau eingehalten werden müssen. Das übrige gebirgige Gebiet muß zu Fuß oder mit zwei Rädern, die bei der großen Kälte und bei Schnee nicht zu gebrauchen sind, bereist werden. Einer der Seelsorger hat bei großer Kälte nach Weihnachten in 14 Tagen 250 km zu Fuß zurücklegen müssen, beladen mit 20—30 Pfund Meßgepäck. In einem 20 km entfernt gelegenen Ort mußte er zwei Tage, nachdem er dort Gottesdienst gehalten hatte, zurückkehren, weil ein Versehngang nötig geworden war. Ein anderer 55jähriger Geistlicher hat kein Rad zur Verfügung, muß viele weite Gebirgswege zu Fuß zurücklegen oder tagelang auf der Bahn herumsitzen. Vor Weihnachten kam er in einer nur 20 km entfernt liegenden Station statt abends um 8 Uhr nachts um 1/2 3 Uhr an, wo er nur noch mühevoll in sein ungeheiztes Hotelzimmer kommen konnte. — Wie sehr würden diesen Herren ihre Wege erleichtert, wenn sie nicht immer so viel Gepäck mittragen müßten, wenn wenigstens an den am schwersten erreichbaren Stationen Paramente deponiert werden könnten. Von einem Laien könnte dann schon alles zur hl. Messe vorbereitet und nachher weggeräumt werden. Die Altarwäsche könnte so auch leichter in Pflege genommen werden. Ein Dorf, in dem ca. 40 Katholiken und gegen 10 Schulkinder wohnen, kann vom Pfarrort nur unter einem Zeitaufwand von 3 Tagen pastoriert werden. Es fehlen mindestens noch zwei Geistliche, damit einigermaßen eine ordentliche Seelsorge geleistet werden kann, wie sie vor dem priesterlichen Gewissen zu verantworten wäre. Ob allerdings die Situation nicht schon verloren ist, weil die Behörden keine Zuzugsgenehmigung und Wohnungsmöglichkeit mehr geben, müßte noch erprobt werden. Es könnte leicht die Ausrede gebraucht werden: „Wenn ihr seither mit vier Geistlichen auskommt, könnt ihr es in Anbetracht der Ernährungs- und Wohnungsnot auch weiter“. Aber die Schuld liegt nicht an uns, da wir uns vom Mai 1946 an unablässig um weitere Priester bemüht haben“.

In München fand im November 1946 eine Tagung von *Diözesanflüchtlingsseelsorgern* und einigen Vertretern

der jungen Generation statt, die über die Probleme der Flüchtlingsjugend sprachen. Die Versammelten legten das Ergebnis der Besprechungen über die Lage der Flüchtlingsjugend in folgenden Sätzen schriftlich nieder: „Besondere Sorge macht uns das Schicksal der Flüchtlingsjugend. Unsere heutigen Beratungen neigten zu der Überzeugung, daß die Flüchtlingsjugend zunächst nur auf landsmannschaftlicher Grundlage erfaßt werden kann, auch wenn selbstverständlich diese landsmannschaftlichen Gruppen innerhalb der einheimischen katholischen Jugend aufgebaut werden müssen. Die Notwendigkeit des eigenen landsmannschaftlichen Zusammenschlusses innerhalb der katholischen Jugend ergibt sich neben anderem auch aus der Tatsache, daß es auf dem Lande vielfach eine organisierte katholische Jugend überhaupt nicht gibt. Zum Aufbau der Flüchtlingsjugend müßte allerdings in jeder Diözese neben dem Diözesan-Jugendseelsorger auch ein geeigneter heimatverwiesener Priester eingesetzt werden.“

Die Einsetzung hauptamtlicher Flüchtlings- und Lagerseelsorger erfordert es zwar, daß eine Reihe ostdeutscher Geistlicher aus der ordentlichen Seelsorge herausgenommen wird. Trotzdem dürften aber immer noch außerdem eine größere Anzahl von ostdeutschen Geistlichen aus der örtlichen Seelsorge der hiesigen katholischen Gegenden für den Dienst in der Diaspora abberufen werden können“.

Der Dekan der theologischen Fakultät in Salzburg, *Dr. Alois Mager, OSB.*, eine der führenden Persönlichkeiten der Salzburger Hochschulwochen, *verstarb* am 26. 12. 1946, plötzlich im Augenblick, als er den Zug besteigen wollte, der ihn in sein Mutterkloster, die Abtei Beuron, bringen sollte. Alois Mager wurde 1883 in Zimmern ob Rottweil (Wttbg.) geboren. Mit zwanzig Jahren trat er in das damals im katholischen Deutschland als Zentrum religiöser Erneuerung bekannte Benediktinerkloster Beuron ein. Den Weltkrieg machte er als Divisionspfarrer in der deutschen Armee mit und erhielt hier jenen starken Impuls zur Seelsorge, der ihn auch in den kommenden Jahren nicht verließ. Seine Studien galten vor allem der Philosophie und hier im besonderen den metaphysischen und metapsychologischen Problemen der menschlichen Seele. Dennoch verfiel er nie engherziger Spezialisierung, sondern zeigte immer ein nachhaltiges Interesse an den Entwicklungen in der Volkswirtschaft, der Soziologie und der sozialen Ethik. So galt auch seine erste Veröffentlichung der „Staatslehre des heiligen Augustinus“ (1920). Diese Aufgeschlossenheit bestimmte ihn auch von vornherein, einen führenden Anteil bei der Vorbereitung und späteren Durchführung der Salzburger Hochschulwochen zu übernehmen. Zahlreiche Beiträge über Themen der allgemeinen Psychologie sowie der Psychologie der Mystik machten ihn auch weiteren wissenschaftlich interessierten Kreisen bekannt und brachten ihm eine Berufung zum Neuaufbau des philosophischen Studienbetriebes an der theologischen Fakultät Salzburg ein. Zusammen mit Daniel Feuling, seinem Ordensbruder, war er führend an jener Initiative, die vor allem auch durch das Wirken Dr. Ignaz Seipels ausgelöst wurde, beteiligt. Die Salzburger Fakultät trat aus der Enge einer diözesanen Bildungsstätte heraus, die Zahl ihrer Hörer, die früher kaum sechzig erreichte, stieg in die Hunderte, die Studienkollegs verschiedener

Orden und Religionsgemeinschaften entstanden in Salzburg, und dieses neuerwachte Leben zog auch zahlreiche Studenten aus Deutschland nach Salzburg. Alois Mager konzentrierte seine Arbeit vor allem auch darauf, die praktischen Voraussetzungen für die jährliche Abhaltung der Salzburger Hochschulwochen zu schaffen, und ihr Ergebnis in den Jahren 1933 bis 1937 lohnte ihm und seinen Mitarbeitern am Werk auch diese Bemühungen reichlich. Nach der Annexion Österreichs wurden die Salzburger Hochschulwochen sofort verboten, nachdem schon seit 1933 ein Besuch reichsdeutscher Katholiken unterbunden worden war. Dieser abrupte Abbruch eines Werkes, dessen Bedeutung für die Stunde Alois Mager immer klar gewesen war, traf ihn schwer. Im Auftrage seines Ordens ging er ein Jahr nach Japan, kehrte bereits im Frühjahr 1940 über Rußland nach Salzburg zurück, um dort auch die Einstellung des theologischen Lehrbetriebes wegen „Staatsgefährlichkeit der Lehrer und Hörer“ am 24. 1. 1941 zu erleben. Die erzwungenen Jahre der Ruhe und des Zuwartens benützte der immer tätige, eilige und drängende P. Mager zu zahlreichen Vorträgen, Exerzitien und Besprechungen innerhalb jenes Raumes, den der Krieg damals einem Deutschen noch zugänglich machte. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus war es ihm noch vergönnt, in knapp achtzehn Monaten die Wiedererrichtung der theologischen Fakultät Salzburg und ihres philosophischen Institutes herbeizuführen. Auch die erste Salzburger Hochschulwoche nach dem Kriege im Vorjahr ist vor allem sein Verdienst, und wenn sie infolge der Ungunst der Verhältnisse nicht dem Plane entsprachen, so lag dies an der Zeit. Überlastet mit zahlreichen Arbeiten und Vorhaben, in Erwartung eines neuen Buches „Psychologie der Mystik“, das in Kürze erscheinen sollte, schon mit den Plänen für die diesjährigen Hochschulwochen intensiv befaßt, starb P. Mager mitten in jener drängenden Fülle von Aktivität, die sein ganzes Leben ausgemacht hat.

In seiner Ansprache während des feierlichen Requiems für die Opfer des Faschismus erklärte *Kardinal Preysing* in der St. Elisabethkirche in Berlin: „Mit Entsetzen müssen wir wahrnehmen, daß heute mit denselben Worten, denselben Motiven und mit demselben Unrecht wie in den vergangenen zwölf Jahren die Freiheit der Kirche in Frage gestellt wird. Unter dem Vorwand der Trennung von Kirche und Staat wird versucht, die Kirche in eine Paria-Stellung hineinzudrängen.“ Als Beispiel führte dann der Kardinal die letzten Kämpfe um die Schulreform an. Es sei keine Freiheit, wenn katholische Eltern gezwungen würden, ihre Kinder Schulen besuchen zu lassen, die gar nicht daran dächten, Religionsunterricht zu erteilen.

Ein Aufruf der *katholischen Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr* wendet sich an die katholische Arbeiterschaft der Welt:

„Katholisches Arbeitervolk an Rhein und Ruhr, in katholischen Arbeitervereinen zusammengeschlossen, ruft in einer unvorstellbaren Notlage die im gleichen Glauben verbundenen Arbeiter in allen Ländern der Welt um Hilfe an.

Von dem mitleidlosen, imperialistischen System des Nationalsozialismus geknechtet, in unseren Vereinigungen verboten und drangsaliert, haben wir die Besten

unserer Bewegung dem Henkerbeil opfern müssen: Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus, Gottfried Könzgen; Dr. Otto Müller starb in der Haft. Viele aus unseren Reihen sind dem sinnlosen, von ihnen abgelehnten Krieg zum Opfer gefallen. Zu Hunderttausenden sind katholische Arbeiter des Westens ihrer stolzen katholischen Vergangenheit treu geblieben und haben ihr Knie nicht vor den fremden Göttern gebeugt. Wir wissen aber auch um die große Schuld derer, die dieses System getragen und gestützt haben.

Aus dieser inneren Rechtfertigung glauben wir zu Euch und für unser Volk sprechen zu können. Vereint mit den Kräften, die den Nationalsozialismus zu Boden warfen, sind wir und beste Schichten unseres Volkes bereit, Grundlagen eines friedlichen und der europäischen Verantwortung bewußten neuen Deutschlands zu schaffen.

Für dieses Ziel sind seit Ende des Krieges von der Gesamtheit unseres Volkes sehr schwere, von den Millionen Vertriebenen unvorstellbare Opfer gebracht worden. Tiefste Sorge und Verantwortung zwingen uns, darauf hinzuweisen, daß eine ernste Vertrauenskrise unser Volk erfaßt hat. Die Hoffnung, daß mit der Niederringung des Nationalsozialismus und der Beendigung des Krieges eine höhere Ebene des Rechts und der Gerechtigkeit anheben würde, ist einer tiefen Enttäuschung gewichen. Unser Volk fragt, warum seine Betriebe stillliegen müssen oder stillgelegt werden, wo es seinen Lebensunterhalt selbst zu erarbeiten gewillt ist und seinen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten sich bereit findet. Unser Volk findet keine Antwort darauf, warum es in einer sich schnell von den Folgen des Krieges erholenden Welt einer solchen Massenverelendung preisgegeben wird, die nicht nur zu einer bedenklichen Schwächung seines physischen Leistungsvermögens, sondern auch zur geistigen und sittlichen Proletarisierung führen muß. Wo ein Volk seine schaffenden Kräfte nicht entfalten kann, wo es hungert, friert und ohne Wohnungen und notwendigste Bedarfsgüter ist, wo Millionen seiner Väter, Söhne und Brüder als Gefangene zurückgehalten werden, da gehen die für eine demokratische Entwicklung unentbehrlichen Kräfte des Glaubens und des eigenen Vertrauens verloren. Da werden die Ideen und Ziele einer internationalen Gerechtigkeit aufs schärfste gefährdet. Damit ist die unser Volk befallende Hoffnungslosigkeit nicht nur eine Sorge, die uns bedrückt, sondern auch eine Euch mit uns verpflichtende Verantwortung.

Darum rufen wir an diesem, durch so viel Leid verdunkelten Fest des Friedens 1946 sowie zum neuen Jahre 1947 Euch zu:

Bildet mit uns in der Welt eine Phalanx der Gerechtigkeit und Liebe, in die das deutsche Volk mit einbezogen ist.

Helft mit, das uns gemeinsam tragende Gesetz zu verwirklichen, daß Völker sich ihr Leben nicht selbst geben, sondern es aus höherer Hand empfangen, und daß darum dieses natürliche Recht zu leben nicht politischen oder internationalen Interessen untergeordnet werden darf. Sorgt mit dafür, daß Gerechtigkeit unserem Volk widerfahre, in dem jetzt Säuglinge, Greise und Frauen den Folgen eines Systems unterworfen werden, für das sie vor ihrem Gewissen und vor der Welt keine Schuld tragen.

Tragt mit dazu bei, daß die kommenden politischen Entscheidungen die Grundlage schaffen für ein Werk des

Friedens, das den natürlichen und ewigen Rechten der Völker und dem Sinn des Friedensfestes gerecht wird“.

## Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Der römische Direktor der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ hatte vor kurzem dem Hl. Vater eine Anzahl von Fragen unterbreitet, welche auf die gegenwärtige Weltlage Bezug haben. Pius XII. hat darauf in englischer Sprache geantwortet. Der Text dieser Antwort wurde den vatikanischen Pressevertretern überreicht, wodurch zweifellos der grundsätzliche Charakter dieser Erklärungen betont werden soll.

Der Papst stellt in erster Linie fest, daß die Anstrengungen der Staatsmänner trotz einzelner erreichter Fortschritte in Detailfragen bisher zu keiner entscheidenden Besserung der Lage geführt haben und noch keine Aussichten auf einen dauernden und gerechten Frieden eröffnen. „Dieser unglückselige Zustand wird — so fährt die vatikanische Erklärung mahndend fort — so lange andauern, als jeder Staat die Frage einer europäischen Befriedung ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der eigenen staatlichen Sicherheit betrachtet. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen glaubt jeder die eigene Sicherheit gegenüber dem Nachbarn schützen zu müssen. Darum konnte bisher kein konstruktives Ziel zur Friedenssicherung erreicht werden“. Der Hl. Vater drückt anschließend den Wunsch aus, daß durch die UNO diese Verhältnisse gebessert und eine allgemeine Friedensgarantie herbeigeführt werden könne.

Auf die Frage des amerikanischen Pressevertreters nach den Zielen der gegenwärtigen Friedensbemühungen entgegnete der Papst, daß der Hl. Stuhl als Zentrum der allgemeinen Kirche die Verbreitung der Heilslehre Christi und der Gnadengaben des Erlösers als seine Hauptaufgabe betrachte. „Um dieses Ziel erreichen zu können, fordert die Kirche Betätigungsfreiheit in allen Teilen der Welt und setzt sich jederzeit für den Schutz dieser Freiheit ein. Im gegenwärtigen Augenblicke sind die Anstrengungen des Papstes direkt und ausschließlich darauf gerichtet, für den Hl. Stuhl, die Bischöfe, die katholischen Vereine und alle Katholiken der ganzen Welt Freiheit für caritative Betätigung zu sichern“. Ein besonders dringliches Anliegen ist das Schicksal der Millionen von Flüchtlingen, denen wieder zu einem ehrlichen Leben und zur Möglichkeit einer christlichen Familiengründung verholfen werden muß.

Zur allgemeinen Lage der Kirche in der gegenwärtigen Zeit bemerkte der Hl. Vater: „Unbestreitbar ist ein Gegensatz zwischen Kirche und moderner Welt immer stärker geworden und hat auf einzelnen Gebieten einen beachtlichen Ausdruck gefunden. Die Ursache dafür liegt in der Tatsache begründet, daß in einzelnen Ländern Führer und politische Gruppen am Werk sind, die absichtlich und ausdrücklich der modernen Welt und ihrer politischen Führung einen Charakter ohne Gott geben wollen. Die Welt hat die Folgen dieser Ausrichtung auf gottlose Ziele bereits zu verspüren bekommen. Wird die Idee von Gott unterdrückt, so verliert das objektive Recht und die Achtung vor frei eingegangenen Verträgen jede Grundlage. Es stellt darum eine feierliche Verpflichtung für den römischen Papst dar, jederzeit der Verbreitung von Grundsätzen entgegenzutreten, welche

die menschliche Zivilisation vom Christentum wegführen wollen“.

In Weiterführung dieser Gedanken umriß Pius XII. auch seine Beurteilung der Atombombenfrage. „Diese stellt nur einen Bestandteil eines viel allgemeineren Problems dar. Die Entwicklung der modernen Angriffsmittel ist ihrerseits durch die Entwicklung der Technik bedingt, und diese selbst ist wieder vollständig in den Dienst des sogenannten totalen Krieges gestellt worden. Die dabei maßgebliche verhängnisvolle Auffassung macht keinen Unterschied zwischen Kämpfern und Nicht-Kämpfern, und daraus sind die so schmerzlichen Wirkungen des letzten Weltkrieges erwachsen. Ein Ausweg aus der dadurch entstandenen furchtbaren Lage wird nur möglich sein, wenn die Leiter der Nationen ihre Pflicht anerkennen, solche Verträge zustande zu bringen, die der Welt wirklich den Frieden sichern. Der Friede hinwieder wird nur gesichert bleiben, wenn die Regierungen es als Ehrenpflicht betrachten, den Völkern das Leben zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke müssen die Souveränitätsrechte gegenseitige Beschränkungen erfahren“.

Bei der diesjährigen Eröffnung des Gerichtsjahres des *Tribunals der Rota in Rom* hat Msgr. André Jullien, der Doyen der Rota, eine Adresse an den Heiligen Vater gerichtet, in der er eingangs über die Schwierigkeiten, mit denen das Tribunal, auch in materieller Hinsicht, zu kämpfen hat, berichtet und dann auf das Hauptproblem, das die Gegenwart der kirchlichen Rechtssprechung vorlegt, *das Problem der Ehe*, zu sprechen kam:

„Die christliche Ehe erlebt heute in fast allen Ländern die besorgniserregendsten Angriffe. Neben den zahlreichen Ungewißheiten, die die Folge des Auseinandergerissenseins sind, treten die zahllosen Zerstörungen des häuslichen Glückes, weil die Entfernung der Ehegatten voneinander zu lang und zu schwer für die schwachen Menschenkräfte gewesen ist, sobald sich in den Herzen irgend ein Widerstand, ein Hindernis für die Einwirkung der göttlichen Gnade im Sakrament der Ehe befand. Schon empfangen wir verzweifelte Briefe mit den einfachen, aber ergreifenden Ergüssen einer inneren Zerrissenheit, wie etwa diesen: „Nach den schrecklichen Leiden und bitteren Traurigkeiten des Krieges und der Gefangenschaft glaubte ich, meine kleine Familie wiederzufinden und ein wenig Glück zu erleben! Das Leben eines Mannes mit 30 Jahren zu zerbrechen, indem er gezwungen wird, für immer an eine unwürdige Person gebunden zu bleiben, das erscheint mir unmenschlich. Ich bitte Sie, zu urteilen. Hat die Kirche kein Mitleid mit mir?“

Und doch können wir nur eines antworten: daß das Heilmittel schlimmer als das Übel wäre: zu trennen, was Gott vereint hat, würde nicht eine Tat des Mitleids, der Menschlichkeit sein, sondern zu einem tödlichen Angriff auf die Heiligkeit der Ehe, auf die eheliche Reinheit und Treue ausarten. Die Festigkeit der häuslichen Gemeinschaft, die die Grundlage der Sittlichkeit im sozialen Leben und der nationalen Wohlfahrt, die davon untrennbar ist, darstellt, kann nur ein Fundament haben: die Heiligkeit der ehelichen Bande, die eine und unauflöslige Ehe. Und die Kirche als treue Hüterin des göttlichen Rechtes bedient sich auch der Urteilsprüche ihrer Richter, um stets den Primat und die Kraft der göttlichen Vorschriften zu bestätigen, die in den Gesetzen